

## **Das Ziel ist noch nicht erreicht!**

### **Jetzt einmischen und den Rahmenantrag sichern!**

Liebe Sozialprotestlerinnen und Sozialprotestler, Initiativen und Bündnisse,

Vielen Dank, dass Ihr zur Anhörung „Hartz IV überwinden“ den Weg in den Bundestag auf Euch genommen hattet. Das war wohl die Anhörung mit dem größten Publikum, die es bis jetzt in der Geschichte des Bundestags im Reichstagsgebäude gegeben hat. Und sie hat einige Eindrücke in der Fraktion hinterlassen. In Wendezeiten gab es mal das Lied von Gerhardt Schöne: Mit dem Gesicht zum Volke. Da war eine andere Politik eingefordert: offen und dialogbereit. Die Leute, die diese Anhörung vorbereitet haben, die wollten diesen offenen Dialog wagen und den Rahmenantrag bewusst mit den Experten wie mit den Sozialprotestlern diskutieren. Wer eine strategische Allianz will, der muss die Akteure aus den sozialen Protesten auch ernst nehmen. Entsprechend wurde am Wochenende und dann am Montag darauf der Antrag überarbeitet. Neben sachlichen Hinweisen wurden auch folgende Hauptkritikpunkte mit aufgenommen und als Veränderungen in den Antrag eingearbeitet.

- 500 € Leistungserhöhung statt der alten Formulierung 420 €
- Leistungen müssen repressionsfrei bleiben, damit sich die Leute in der Auseinandersetzung mit dem Berater/Agentur auf ein Recht zurückziehen können und nicht zur Mitwirkung genötigt werden,
- das Kindergeld darf in voller Höhe nicht beim ALG II angerechnet werden, da dies einen ersten Schritt hin zu einer eigenen Einkommenssäule für ein Kind darstellt, bis wir eine Kindergrundsicherung haben (Problem dabei: in der jetzigen Situation würden ohne Wirkungen eines Mindestlohns Eltern mit Kindern und einem Niedriglohn schlechter gestellt sein, als erwerbslose Eltern mit Kindern),
- die volle Übernahme der Wohnkosten.

**Diesen Montag hat sich der Fraktionsvorstand in Vorbereitung zur Fraktionssitzung über diese Änderungsvorhaben zum größten Teil ablehnend positioniert.** Nach demokratischen Gepflogenheiten ist das allerdings eine Entscheidung aller Abgeordneten der Fraktion. Der Antrag wurde erst relativ spät zur Diskussion aufgerufen, weil unter anderem der Gewerkschaftsvorsitzende Peters an diesem Tag die Positionen der IGM zum sich anbahnenden Tarifkonflikt dargestellt hat.

**Es ist relativ bekannt, dass eine IGM-nahe Gruppe von WASG-Abgeordneten diesen Antrag für falsch und in der Art für überflüssig hält.** Aus ihrer Sicht würde durch die Forderung nach einer repressionsfreien Grundsicherung ein Recht zur Faulheit eingeführt, das dem virtuellen Durchschnittswähler nicht erklärbar wäre und sie den realen IGM-Funktionären nicht erklären wollen.

Es gab deshalb eine entsprechende Abstimmung unter den anwesenden Abgeordneten, bei der sich eine deutliche Mehrheit von 18 Stimmen ergeben hatte, die sich bei der ermahnenen Wiederholung auf 20 Ja-Stimmen für eine repressionsfreie Grundsicherung steigerte. Darauf hin erklärte der Abgeordnete Klaus Ernst ganz ernst, dass er das nicht akzeptieren will und im Bundestags-Plenum gegen diesen Fraktionsantrag stimmen werde.

***Richtigstellung zu diesem Punkt, vom 30. April 2006: Zur formalen Korrektheit muss angemerkt werden, dass zu diesem Zeitpunkt lediglich der Kollege Hüseyin Aydin wörtlich***

*sinngemäß angekündigt hatte, dass er im Bundestag gegen den Rahmenantrag stimmen werde, wenn er tatsächlich entsprechend der Abstimmung dieser Sitzung gestaltet sei. Weitere Abgeordnete, unter ihnen der Kollege Ernst, signalisierten, für verschiedene Beobachter deutlich erkennbar, ihre Zustimmung.*

Darauf hin wurde von einzelnen Abgeordneten darum gebeten, weil ihnen der Antrag wichtig ist, die Entscheidung über die Änderung aus der Anhörung und den Gesamtantrag auf den jetzt kommenden Dienstag zu verschieben.

Die Änderungen waren Kernforderungen der sozialen Protestbewegung, und wir denken, dass es ihr frei steht, als kollektiver Akteur den Abgeordneten ziemlich deutlich zu schreiben, was sie eigentlich von einer linken Fraktion im Bundestag und von Abgeordneten, denen sie das Vertrauen ausgesprochen haben, erwarten.

Es geht nicht darum, Musterbriefe zu erstellen oder die IGM-Funktionäre zu beschimpfen. Sucht Euch bitte einen Abgeordneten mit einem Wahlkreis in der Nähe aus. Ihr findet alle Mail-Adressen und Telefonnummern unter [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de). Eine Kopie schickt ihr bitte auch jeweils an unsere IGM-Kader: [hueseyin.aydin@bundestag.de](mailto:hueseyin.aydin@bundestag.de), [werner.dreibus@bundestag.de](mailto:werner.dreibus@bundestag.de) und [klaus.ernst@bundestag.de](mailto:klaus.ernst@bundestag.de). Schickt auch immer dem Kollegen Lafontaine eine zweite Mail, in der Ihr ihm mitteilt, dass ihr folgenden Brief an den Abgeordneten Eurer Wahl geschickt habt, [oskar.lafontaine@bundestag.de](mailto:oskar.lafontaine@bundestag.de). Und sendet ebenso eine Kopie der Email an Gregor Gysi, [gregor.gysi@bundestag.de](mailto:gregor.gysi@bundestag.de).

Ein paar Argumentationshilfen:

- Im Wahlprogramm der L.PDS steht: einen Zwang zur Arbeit lehnen wir ab ([http://sozialisten.de/sozialisten/nachrichten/pdf/entwurf\\_wahlprogramm2005.pdf](http://sozialisten.de/sozialisten/nachrichten/pdf/entwurf_wahlprogramm2005.pdf), siehe Punkt 2: Soziale Sicherheit – Solidarität und Selbstbestimmung statt Sozialraub und Entmündigung)
- Für alle WASGler auf der L.Liste gilt, dass auch sie auf der Grundlage dieses Wahlprogramms angetreten sind.
- Bei den 500 € sind sich eigentlich alle einig gewesen, Experten und Betroffene. Darunter ist, empirisch nachgewiesen, es nicht möglich, die Existenz aufrecht zu erhalten und am öffentlichen Leben wenigstens reduziert teilnehmen zu können. Für die Widerlegung würden wir einen kontrollierten Freiversuch empfehlen, bei dem ansonsten 420 € beim Abgeordneten bleiben und die restlichen 7000 € zu Gunsten eines sozialen Beratungsvereins gespendet werden.
- Bei der Nichtanrechnung des Kindergeldes auf das ALG II der Eltern sollte man immer argumentieren, dass natürlich die Mindestlohnforderung besteht. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Mindestlohn umgesetzt wird, sogar wohl höher liegt. Ansonsten mögen sich die Herren die neueren Statistiken aus den Städten ansehen: selbst in den wohlhabenderen Städten leben 20% der Kinder in dem Bereich der ergänzenden Sozialleistungen. In der Regel sprechen wir von 30% Kinderarmut. Deshalb ist eine Kindergrundsicherung ein dringendes Gebot.
- Bei der vollen Übernahme der Kosten für das Wohnen haben wir ein Problem. Auf der einen Seite ist es unser Hauptauseinandersetzungsfeld, und es betrifft unwahrscheinlich viele Menschen. Auf der anderen Seite kann dort eher ein

Ungerechtigkeitsbild greifen. Ein Hauptargument wäre die Kosten/Nutzenrechnung für dieses Instrumentarium. In der Regel ist es ein geringer Betrag, der für eine gewisse Zeit selber aufbringbar ist, der aber mittelfristig in eine Verschuldungsspirale führt.

Wir haben vollstes Vertrauen in Eure argumentativen Fähigkeiten und bei der kreativen Zuspitzung. Mit etwas Bemühungen gibt es in der Linksfraktion eine klare Entscheidung beim Rahmenantrag und damit für Einzelanträge, die viele unserer Forderungen in praktische Handlungsansätze übersetzen können. Alte Herren werden zwar irgendwann senil, aber Arroganz und Machtgier sind heilbar, jedenfalls wenn diese Herren merken, dass sie eventuell nach den vier Jahren nicht mehr aufgestellt werden. Nehmt diese Bitte ernst und demonstriert, dass wir auch anders können.

Mit besten Grüßen

Rainer Wahls und Edgar Schu

(weil die Zeit drängt, ist uns keine vollständige Abstimmung mit allen Mitgliedern des Koordinierungskreises möglich, so dass jedes Mitglied ausreichende Zeit für eine Reaktion hätte. Wir werden auf dem kommenden bundesweiten Treffen am 1. April in Göttingen jedoch darüber Rechenschaft ablegen)